

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,  
Tel.: 0681 8412410 \* Fax: - 15  
mailto: [gdp-saarland@gdp.de](mailto:gdp-saarland@gdp.de) \* [www.gdp-saarland.de](http://www.gdp-saarland.de) \* [www.facebook.com/gdp.saar/](https://www.facebook.com/gdp.saar/)

Flugblatt vom 12. Januar 2022

## **GdP im Gespräch mit der Behördenleitung – Forderung einer Flexibilitätszulage für die enorm belasteten Einheiten der OpE und LPP 14**

Am 10. Januar 2022 traf sich unser Landesvorsitzender David Maaß mit Landespolizeipräsident Norbert Rupp und dem LtD. Polizeidirektor Peter Fuchs. Begleitet wurde Maaß von unserem Kreisgruppenvorsitzenden Cedric Jochum und unserem Bundesfachausschuss-Mitglied „Bereitschaftspolizei“ Jens Wichmann. In dem Gespräch mit der Behördenleitung wurden die fast identischen Probleme der OpE und LPP 14 kritisch thematisiert und GdP-Forderungen zur Zufriedenheitsverbesserung erhoben.



Unseren Kolleginnen und Kollegen der OpE und LPP 14 wird zunehmend durch kurzfristige Einsatzplanungen für Demonstrationen, Großveranstaltungen oder spezielle Lagen eine enorme, das Familienleben beeinträchtigende Flexibilität abverlangt, weil diese häufig zur Mittags-/Abendzeit oder an Wochenenden stattfinden. Durch den Personalmangel in der Polizei ist die Verlässlichkeit des Dienstplans

längst nicht mehr gegeben – ungeplante Einsätze sind nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Dies führt nicht nur zu Belastungsspitzen, sondern beeinträchtigt in erheblichem Maße die Zufriedenheit der Belegschaft. Hinzu kommt, dass in v.g. Bereichen – sinnbildlich für die gesamte saarländische Polizei – die Dienstposten Mangelware sind.

Die GdP fordert für die extreme Flexibilität bzgl. der Dienstplangestaltung und dem damit einhergehenden Zulagenverlust eine finanzielle Gleichstellung der OpE und LPP 14 mit dem WSD. Dies wäre durch eine sog. Flexibilitätszulage umsetzbar. Die Behördenleitung zeigte sich in dem 90-minütigen Gespräch für die Ideen der Gewerkschaft aufgeschlossen. Nach Sicht der GdP ist es unstrittig notwendig, dass auch in den Bereichen OpE, LPP 12 und LPP 14 zusätzliche Dienstposten geschaffen werden müssen. Fakt ist, dass diese Entscheidungen politischer Natur sind. Die GdP wird daher die Themen fortan in den politischen Raum tragen und hofft, noch vor der Landtagswahl ein Zeichen der Wertschätzung zu erfahren.